

# Kerneuropa als Ausweg aus der europäischen Krise

## Plädoyer für eine kleinere, aber handlungsfähigere EU

Winfried Veit

Die deutsche Ratspräsidentschaft der Europäischen Union ab dem 1. Juli 2020 für sechs Monate sollte Anlass sein, über eine strategische Neuorientierung Europas nachzudenken. Zu lange hat man sich von Krisenmanagement zu Krisenmanagement durchgewurstelt, und Deutschland mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze hat darin besondere Meisterschaft bewiesen. Zwar ist die EU (noch) nicht zerfallen – nur die Briten haben das leckere Schiff verlassen –, aber die Auflösungserscheinungen und Spaltungen sind unübersehbar: Nord gegen Süd in der Finanzkrise, Ost gegen West in der Migrationskrise. Ob die Corona-Pandemie zu einem Umdenken, sprich: zu einer tatsächlichen Solidarität und Handlungsfähigkeit führen wird, ist offen. Aber nach einem Jahrzehnt im Krisenmodus ist es höchste Zeit für die Europäer, aufzuwachen und umzudenken.

Auch während der Pandemie ist die Welt um uns herum nicht stehengeblieben. Europa kann es sich nicht länger leisten, nur Zaungast der Weltpolitik zu sein. Es kann es sich nicht leisten, länger zuzusehen, wie die Welt um uns herum in Flammen aufgeht und die uns so am Herzen liegende multilaterale Ordnung sich langsam auflöst, weil große Mächte wie die USA, China, Russland und andere in das alte Spiel geopolitischer Machtpolitik zurückfallen. Als „internationale Lachnummer“ hat der große außenpolitische Denker Egon

Dr. **Winfried Veit**, geb. 1946, ist Politikwissenschaftler und Dozent für internationale Beziehungen an der Universität Freiburg. Er war bis 2011 für die Friedrich-Ebert-Stiftung tätig, u.a. als Referatsleiter für Osteuropa und Zentralasien sowie Leiter der Büros in Südafrika, Israel, Paris und Genf. 2020 ist im Verlag Dietz-Verlag sein neues Buch „Europas Kern. Eine Strategie für die EU von morgen“ erschienen.

Bahr die EU schon vor vielen Jahren bezeichnet, und daran hat sich wenig geändert, und wenn, dann zum Schlechten.

Das lag vor allem daran, dass die Europäer nach dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung der hochgerüsteten Blöcke an eine Art „postmaterialistisches Paradies“ verbunden mit dem „ewigen Frieden“ im Kant'schen Sinne glaubten. Das führte dazu, dass der Wille zu weiterer Integration und zur Verteidigung nach außen gleichermaßen geschwächt wurde. Das änderte sich auch nicht, als die Nachfolgekriege im ehemaligen Jugoslawien den Europäern ihre Hilflosigkeit angesichts der vor ihren Toren stattfindenden Massaker schmerzlich vor Augen führten. Der im Rückblick geradezu tragikomisch wirkende Spruch des damaligen luxemburgischen (!) Außenministers und EU-Ratspräsidenten Jacques Poos „Das ist die Stunde Europas“ findet seine Entsprechung in den mehr hilflosen als wirkungsvollen Bemühungen der EU angesichts der Konflikte in der Ukraine, in Libyen, Syrien oder in der afrikanischen Sahel-Zone. Selbst auf dem Balkan, dem alten „Pulverfass“ Europas, brodelt es unter der Oberfläche, solange die „nationalen Fragen“ der Serben und Albaner nicht gelöst sind.

Alle diese Konflikte betreffen uns unmittelbar in Form von zerfallenden Staaten, der Ausbreitung terroristischer Bewegungen und organisierter Kriminalität sowie einer stetig anwachsenden Migrationswelle, deren Ursachen neben Klimawandel und sich stetig verschlechternden Lebensbedingungen vor allem im geradezu dramatischen Bevölkerungswachstum zu suchen sind. In Afrika wird sich die Bevölkerung bis 2050 von derzeit 1,2 Milliarden auf 2,5 Milliarden Menschen verdoppeln. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen müssten jedes Jahr einige hundert Millionen Arbeitsplätze für die auf den Arbeitsmarkt drängende junge Generation geschaffen werden; woher diese kommen sollen, steht angesichts der an Entwicklung wenig interessierten korrupten Eliten und der nach wie vor ungleichen Handelsbeziehungen zwischen Europa und Afrika in den Sternen. Nicht alle jungen Afrikaner werden nach Europa kommen wollen oder können, aber angesichts der von der Weltbank prognostizierten 140 Millionen Klimaflüchtlinge (davon 86 Millionen allein aus dem subsaharischen Afrika) genügt ein Bruchteil, um die „Migrationskrise“ des Jahres 2015 wie ein Kinderspiel aussehen zu lassen. Die Konsequenzen für die gesellschaftliche Verfasstheit und die politischen Reaktionen

in Europa lassen sich leicht ausmalen.

Unabdingbar ist deshalb eine strategische Neuorientierung der EU und die Schaffung einer wirkungsvollen Verteidigungskapazität, um den gegenwärtigen Herausforderungen, die ja so neu nicht sind, begegnen zu können: Bekämpfung der Fluchtursachen in Afrika und im Nahen Osten, zu der neben einer radikalen Wende in der verhängnisvollen Handels- und Subventionspolitik auch eine glaubwürdige Abschreckung und – wenn erforderlich – auch ihre Anwendung gegenüber fluchtverursachenden Regimen gehört; Behauptung in einer Welt, die seit Beginn des Jahrhunderts von einer Rückkehr der Geopolitik geprägt ist und in der alte (USA, Russland) wie aufstrebende Mächte (China, Indien) zunehmend in machtpolitische Verhaltensmuster zurückfallen; konstruktive Auseinandersetzung mit dem Islam, in dessen Verbreitungsgebiet die meisten bewaffneten Konflikte stattfinden und dessen ungelöstes Verhältnis von Staat und Religion mit der zunehmenden Zahl von Migranten eine Herausforderung für unsere säkularen Gesellschaften darstellt.

### **Mit 27 wird das nichts!**

Diese Herausforderungen sind mit der EU-27 nicht zu meistern. Zu groß sind die geopolitischen Unterschiede und Interessen in dem amorphen Gebilde zwischen Nordkap und Mittelmeer, zwischen Atlantik und Karpaten. Man halte sich nur einmal die Beispiele Malta und Finnland vor Augen: Malta, im Mittelmeer vor der nordafrikanischen Küste gelegen, ist vor allem von den Entwicklungen im nahöstlich/nordafrikanischen Krisenbogen betroffen und hat mit den Folgen der zunehmenden Migration aus diesen Ländern zu kämpfen; Finnland, am Polarkreis gelegen, blickt bis heute vor allem nach Osten, wo der große russische Nachbar immer als potentielle Bedrohung angesehen wird. Das mögen extreme Beispiele sein, aber selbst zwischen Deutschland und Frankreich sind die geopolitischen Interessen durchaus unterschiedlich: Paris sieht die größten Gefahren im Süden und ist folgerichtig auch militärisch in Afrika, vor allem im Sahel, engagiert, während Berlin traditionell nach Osten blickt und Russland als Destabilisierungsmacht ansieht.

Mit jeder Erweiterung haben diese Interessenunterschiede zugenommen mit dem Ergebnis, dass die EU bis heute über keine wirksame gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und entsprechende Abschreckungskapazitäten

verfügt. Das aber ist die Voraussetzung, um im globalen Mächtenspiel ernst genommen zu werden und drängende Fragen, wie beispielsweise Klimawandel und Migration, gemeinsam anpacken zu können. Der Grundfehler der europäischen Integration seit der ersten Erweiterungsrunde im Jahr 1973 bestand darin, stets den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht zu haben. Immer kam Erweiterung vor Vertiefung mit der Folge, dass die Union kaum mehr steuerbar wurde, was in den sich immer mehr häufenden Krisen- und Nachtsitzungen in Brüssel plastisch zum Ausdruck kam und dem Bürger den Eindruck vermittelte, es handle sich bei dieser Einrichtung um einen riesigen Basar, auf dem um Dinge gefeilscht wurde, deren Namen ihm kaum etwas sagten: Kohäsion, Austerität, Connectivity und so weiter.

Mit der Aufnahme Großbritanniens 1973 wurden darüber hinaus die Weichen in Richtung Neoliberalismus gestellt, was die Entfremdung der Bürger weiter förderte. Zu Beginn der europäischen Integration in den 1950er Jahren dominierte zunächst das sogenannte „rheinische“ oder „kontinentale“ Modell eines auch politisch integrierten Kerneuropas mit demokratisch verfassten gemeinschaftlichen Institutionen, einer harmonisierten Finanz- und Haushaltspolitik auf der Grundlage der deutschen „Sozialen Marktwirtschaft“ und des französischen Dirigismus sowie klar definierten Grenzen. Mit der vor allem vom französischen Präsidenten Charles de Gaulle heftig bekämpften Aufnahme Großbritanniens gewann zunehmend das sogenannte „angelsächsische“ oder „atlantische“ Modell an Gewicht, vor allem nachdem in den folgenden Erweiterungsrounden noch mehr Staaten für dieses Modell optierten. Es ist dies das Modell einer riesigen Friedens- und Freihandelszone mit überwiegend intergouvernementalen (das heißt undemokratischen) Entscheidungsmechanismen und im Prinzip offen für alle Länder, die sich zu den „Kopenhagen-Kriterien“ (Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Marktwirtschaft) bekennen. Damit aber war Tür und Tor für eine uferlose Erweiterung geöffnet, und es ist kein Zufall, dass London zu den stärksten Befürwortern eines EU-Beitritts der Türkei und der Balkanstaaten gehörte. England blockierte auch jedwede weitergehende Integration, insbesondere auf dem Feld der Außen- und Sicherheitspolitik und beharrte im Verein mit einigen anderen auf dem Vor-

rang der NATO auf diesem Gebiet, und damit der faktischen Abhängigkeit von den USA. Mit dem Brexit und der nicht erst seit Trump sichtbaren Abwendung Washingtons von Europa öffnet sich nun die Chance auf eine Wende in der weiteren Gestaltung der EU.

### **Vertiefung statt Erweiterung**

Die Wende muss von der schlichten Erkenntnis ausgehen, dass eine Struktur, die für sechs Gründungsmitglieder geschaffen wurde, für zunächst neun, dann 12 und 15 vielleicht noch ausgereicht hat, aber nicht mehr für 25/28, und jetzt 27 Mitgliedstaaten. Zwar gab es Fortschritte in Richtung einer stärkeren Harmonisierung und Steuerung in den verschiedenen Verträgen von Maastricht bis Lissabon, die aber bei weitem nicht ausreichten. Die 1992 geschaffene und zehn Jahre später umgesetzte Währungsunion konnte diese Defizite nicht ausgleichen – im Gegenteil: Sie hat die Unterschiede zwischen ökonomisch stärkeren und schwächeren Mitgliedern noch verstärkt, wie es sich schmerzlich in der Finanz- und Staatsschuldenkrise der Jahre ab 2008 herausstellte. Eine Währungsunion, der Staaten mit so unterschiedlichem Entwicklungsstand wie Griechenland oder die Niederlande angehören, sollte am Ende eines auch politischen Integrationsprozesses stehen und nicht an dessen Beginn. Die Folgen können wir einmal mehr in der Corona-Krise ablesen, wo beide Länder sich wieder in unterschiedlichen Lagern gegenüberstehen: Griechenland, im Verein mit den anderen Südländern Solidarität, das heißt Zahlungen, einfordernd, die Niederlande als Teil der „sparsamen Vier“, die Solidarität nur im Austausch mit Solidität, das heißt umfassenden Reformen, gewähren wollen.

Ein weiteres Problem der unzureichenden Vertiefung ist die „postdemokratisch-bürokratische Struktur“ (Jürgen Habermas) der EU, die Europa in den Augen seiner Bürger als „sanftes Monster“ (Hans-Magnus Enzensberger) erscheinen lässt, das sich in die kleinsten Details des Alltagslebens (Gemüservorschriften, Olivenölkännchen usw.) einmischen will, aber die großen Dinge außer Acht lässt. Die großen Dinge, das sind vor allem Außen- und Sicherheitspolitik sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik, wo nach wie vor die Natio-

nalstaaten eifersüchtig über ihre Souveränität wachen. Es ist also nicht nur „Brüssel“, das versagt, es sind die Mitgliedstaaten, die der EU die Kompetenz dort verweigern, wo sie am meisten gebraucht wird. Wenn sie damit die EU zur „Lachnummer“ machen, dann stehen sie selbst wie der begossene Pudel da, denn jeder einzelne europäische Nationalstaat, selbst Deutschland und Frankreich, ist global gesehen ein Nichts im Vergleich zu den Großmächten der Gegenwart, vor allem aber auch der Zukunft. Nach einer Studie von Price Waterhouse sieht die Rangfolge der großen Wirtschaftsnationen im Jahr 2050 folgendermaßen aus: China, Indien, USA, EU, Indonesien, Brasilien. Als „Einzelkämpfer“ würde Deutschland als größte europäische Macht nur den zehnten Platz belegen, hinter Japan, Russland und Nigeria. Und Europa sollte nie außer Acht lassen, dass es gemäß den Worten des Dichters Paul Valéry (1871 bis 1945) nicht mehr ist als ein „Kap Asiens“, mit heute noch zehn Prozent der Weltbevölkerung, zunehmend aber schrumpfend und bald einem vierfach so bevölkerungsstarken Afrika benachbart.

Einigkeit tut also not. Wo aber soll sie herkommen, wenn schon über die kleinsten Details nächtelang verbissen gestritten wird? Dafür gibt es eine einfache Formel: Die Zahl der Mitspieler muss drastisch gesenkt werden. Der Ethnologe Karl von Loesch hat schon in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts beim Thema „Paneuropa“ festgestellt, dass der jeweils „geringst interessierte“ Staat die Geschwindigkeit und Tiefe der Zusammenarbeit in einer übernationalen Organisation bestimmt. Es ist eben nicht so, dass „größer“ automatisch „stärker“ bedeutet, sondern es kann das genaue Gegenteil bewirken. Der kleinste gemeinsame Nenner wird dann zur Grundlage der Einigung, und die Folgen kann man am Zustand der EU ablesen. Geographie und Geopolitik sind eben nach wie vor Faktoren, die eine Rolle spielen, auch wenn dies von den postmodernen Kosmopoliten abgestritten wird. Spätestens die Corona-Krise sollte sie aber eines Besseren belehren, wenn Lieferketten auf einmal unterbrochen werden und jedes Land sich egoistisch die meisten Hilfsmittel unter den Nagel reißen will.

## **Kerneuropa und der Weg dahin**

Die Idee von Kerneuropa ist nicht neu, aber aktueller denn je. Als eine Art Geburtsurkunde kann das berühmte „Schäuble-Lamers-Papier“ aus dem Jahr 1994 gelten, ausgearbeitet vom damaligen CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Schäuble und seinem außenpolitischen Sprecher Karl Lamers. Dort werden im Hinblick auf die bevorstehende große „Osterweiterung“ schon weitsichtig die Mängel der damals auf 15 Mitglieder angewachsenen EU und die daraus entstehenden Probleme einer auf 25 Staaten erweiterten Gemeinschaft analysiert. Die Autoren plädieren für einen gewissen „Rückbau“ der damals schon ausufernden EU-Bürokratie und angesichts des um Großbritannien gebildeten Blocks von wenig integrationsfreudigen Mitgliedstaaten für einen harten Kern integrationswilliger Länder. Dieser Grundgedanke von Kerneuropa wurde später von Politikern und Intellektuellen vor allem in Deutschland und Frankreich aufgenommen und weiter entwickelt. Dazu gehörten insbesondere der grüne Außenminister Joschka Fischer mit seiner nicht weniger berühmten Rede an der Humboldt-Universität im Jahr 2000 und der langjährige EU-Kommissionspräsident und frühere französische Finanzminister Jacques Delors mit ähnlichen Vorstellungen im gleichen Jahr. In Deutschland war es vor allem der Philosoph Jürgen Habermas, der die Kerneuropa-Idee in unterschiedlichen Facetten immer wieder zur Diskussion stellte.

Was aber ist der Grundgedanke von Kerneuropa? Es geht vor allem um zwei Aspekte: Struktur und Zugehörigkeit. Zu beidem gibt es unterschiedliche Vorstellungen. An dieser Stelle wird für ein Kerneuropa als „strategische Union“ und konzentriert auf die wichtigsten Problemfelder plädiert, das einen geopolitisch klar umgrenzten Kreis von Mitgliedstaaten umfassen sollte, um den sich weitere Länder in konzentrischen Kreisen legen.

Zur Struktur: Ein europäischer Kern, zunächst bestehend aus vielleicht acht bis zwölf Staaten, bildet eine „Europäische Föderation“ (EF) mit eigener Exekutive und Legislative. Als „strategische Union“ konzentriert sie sich auf die drei zentralen Politikfelder der europäischen Einigung: Außen- und Verteidigungs-

gungspolitik; Wirtschafts-, Finanz- und Währungspolitik; innere und äußere Sicherheit. Die EF verfügt ausschließlich über Kompetenzen in diesen drei Bereichen, sie versucht nicht wie die real existierende EU sich in alle möglichen Petitesse einzumischen, die nicht nur die Bürger, sondern auch die Nationalstaaten verärgern. Das ist wichtig, weil somit das Spannungsverhältnis von Gemeinschaft und Nationalstaat weitgehend aufgehoben wird, denn den nationalen Politikeliten bleibt noch genügend Handlungsspielraum, um Politik zu gestalten. Die von manchen jetzt schon geforderte „europäische Republik“ ist unrealistisch, solange es noch keine (in jedem Fall aber zu wenig) „europäische Bürger“ gibt und solange das Gefühl, einer Gemeinschaft anzugehören, ganz überwiegend im nationalen Rahmen seinen Ausdruck findet, ob man das gut findet oder nicht.

Ein Stück weit aber käme das Modell der „Europäischen Föderation“ der Vorstellung einer europäischen Republik entgegen, nämlich durch seine demokratische Struktur. Das Föderationsparlament würde bestehen aus einer direkt gewählten Nationenversammlung und einem Senat als zweite Kammer, in die die nationalen Parlamente eine jeweils gleiche Zahl von Mitgliedern entsenden. Diese Legislative hätte im Unterschied zum jetzigen Europäischen Parlament die vollen Befugnisse eines „normalen“ Parlaments wie Bundestag und Assemblée Nationale, allerdings beschränkt auf die drei oben genannten Kernbereiche. Gleiches gilt für die Exekutive in Form eines von beiden Parlamentskammern gewählten Föderationsrates mit einem Vorsitzenden (Regierungschef) und für diese drei Bereiche zuständigen Mitgliedern (Minister).

Wer soll dazu gehören? Dies ist sicherlich die sensibelste Frage, denn hier taucht sofort der Vorwurf des „Elitären“ und des „Ausgeschlossenwerdens“ auf. Der verstorbene große europäische Intellektuelle György Konrád (1933 bis 2019) sprach im Hinblick auf das Schäuble-Lamers-Papier von Ländern, die im Wartesaal zweiter und dritter Klasse Platz nehmen sollten, während ein Kerneuropa lediglich die Camouflage für erneutes deutsches Vormachtstreben darstelle. Diese Vorwürfe, oder besser gesagt Vorurteile, sollte man ernst nehmen, denn wie sich in der Finanz- und Eurokrise herausgestellt hat,



können sie durchaus schwerwiegende politische Folgen nach sich ziehen, wenn es etwa in Italien – lange Zeit eines der europafreundlichsten Völker – heute keine Mehrheit mehr für eine Zugehörigkeit zur EU gibt. Die Corona-Krise oder vielmehr ihre wirtschaftlichen Folgen könnte diesen fatalen Trend noch verstärken. Schon lange vor diesen Krisen hat der russische Literaturnobelpreisträger Joseph Brodsky (1940–1996) es noch drastischer ausgedrückt: „Den Nachkommen Wotans hat endlich doch noch gedämmert, dass es eine stabilere und weniger kostspielige Form von Besetzung ist, den Nachbarn Schulden aufzuhalsen, als Truppen zu entsenden.“

Aber natürlich ist ein Kerneuropa ohne Deutschland nicht vorstellbar. Doch auch im Verein mit Frankreich ist es nicht einfach, denn der vielbeschworene deutsch-französische Motor hilft nicht wirklich weiter. Zum einen ist er in den letzten zwanzig Jahren kräftig ins Stottern geraten, zum anderen ist in den kleineren Mitgliedstaaten das Misstrauen gegenüber der Achse Berlin-Paris gewachsen, die überdies in einer EU-27 mit dem Einstimmigkeitsprinzip in zentralen Bereichen ihre Vorstellungen nur noch eingeschränkt durchsetzen kann. Die hartnäckige Haltung der „frugalen Vier“ (Niederlande, Österreich, Schweden, Dänemark) in der Frage eines europäischen Wiederaufbauprogramms in der Corona-Krise macht dies einmal mehr deutlich.

Der Gründungskreis eines Kerneuropas muss folgerichtig erweitert werden, und zwar in Richtung Osten, wo mit Polen eines der bevölkerungsreichsten EU-Mitglieder und die erfolgreichste Volkswirtschaft der letzten Jahrzehnte unbedingt dazu gehören muss. Dass es derzeit von einer europaskeptischen Partei regiert wird, tut nichts zur Sache: Erstens wird diese Partei nicht ewig regieren (hier gilt das Motto „Die Kaczynskis kommen und gehen, das polnische Volk bleibt“), und zweitens gehören die Polen zu den europafreundlichsten Völkern der EU. Und der institutionelle Kern des Kerns existiert auch schon in Gestalt des 1991 aus der Taufe gehobenen Weimarer Dreiecks, das bisher überwiegend im Dornröschenschlaf verharrte. Der Prinz, der seit einiger Zeit versucht, es wach zu küssen, ist niemand anderer als der französische Präsident Emmanuel Macron, der seit seiner Wahl im Frühjahr 2017 unermüdlich die europapolitische Agenda vorantreibt, ohne freilich bei sei-

nem wichtigsten Partner Deutschland auf große Resonanz zu stoßen, das in der ausgehenden Ära Merkel zu einer europapolitischen Stagnationsmacht geworden ist, die vielleicht aufgrund der Corona-Krise aus ihrer Lethargie aufschreckt.

Vom Weimarer Dreieck mit Deutschland, Frankreich und Polen ausgehend lässt sich ein Europa der konzentrischen Kreise vorstellen, das in Umrissen schon heute existiert. Denn es gibt innerhalb der EU bereits eine Art „Verdichtungsraum“ aus Ländern, die den verschiedenen Zirkeln (Währungsunion, Schengen-Abkommen, Verteidigungskooperation usw.) angehören. Dieser „Verdichtungsraum“ bedarf allerdings der institutionellen Verankerung, und nichts anderes bedeutet der Kerneuropa-Gedanke. Ein „Vertrag im Vertrag“, das heißt eine vertragliche Vereinbarung derjenigen EU-Mitglieder, die sich weiter in Richtung einer „Europäischen Föderation“ integrieren wollen, würde eine kleinere, aber schlagkräftigere Struktur schaffen, die in der Lage wäre, auf der weltpolitischen Bühne mitzuhalten. Ihr sollten idealerweise zunächst jene Länder angehören, die den höchsten Grad an Gemeinsamkeit historischer, geografischer, kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Faktoren aufweisen. Ich habe diesen Gedanken an anderer Stelle ausführlich begründet; hier nur der Hinweis auf zwei historische Entitäten, die für Europa über ihre physische Existenz hinaus bis zum heutigen Tag prägend waren: das karolingische und das habsburgische Reich, die in den sechs Gründungsstaaten der EU beziehungsweise EWG und den Visegrad-Vier in gewisser Weise ihre Wiederbelebung erfuhren. Es wäre gewissermaßen die Rückkehr zum „rheinischen“ oder „kontinentalen“ Modell der europäischen Einigung.

Um diesen Kern herum würde sich ein erster konzentrischer Kreis legen, der diejenigen EU-Mitgliedstaaten umfasst, die nicht in der Lage oder willens sind, dem Kern anzugehören. Dazu zählen die Skandinavier, die schon immer eher an der Seite Großbritanniens standen, wenn es um weitergehende Integration ging und die nicht bereit sind, ihr besonderes „Volksh Heim-Modell“ aufzugeben. Dazu die peripheren baltischen, iberischen und Balkanländer, die in zum Teil schon existierenden (Nordischer Rat) oder noch zu bildenden regionalen Gruppierungen sich organisieren könnten – in enger Verbindung mit Kerneu-

ropa, dessen Mitglieder ja weiterhin der EU angehören würden. Nach einer Konsolidierungsphase könnten dann weitere Länder in den inneren Kern auf-rücken, sofern sie dies wünschen (will heißen: durch eine Volksabstimmung bekräftigen) und die Voraussetzungen (Souveränitätsverzicht in den drei Kern-bereichen) erfüllen. Denn Kerneuropa soll ja gerade nicht ein exklusiver Klub sein, sondern seine Türen offen halten. Schließlich gäbe es noch einen zweiten konzentrischen Kreis, in dem die Länder der Europäischen Nachbarschafts-politik und die EU-Beitrittskandidaten ihren Platz fänden.

### **Fazit**

Auch nach dem Brexit ist das Europa der 27 noch immer nicht wirklich hand-lungsfähig, und damit auch kein ernsthafter Spieler auf der weltpolitischen Bühne. Ein kleineres, aber in seinen Kernbereichen stärker integriertes Euro-pa könnte diese Rolle spielen – und die anderen einer Lokomotive gleich hinter sich herziehen. Angesichts einer „Welt aus den Fugen“ bleibt nicht mehr viel Zeit dafür, wenn Europa seine Werte bewahren und verteidigen will.

### **Weiterführende Literatur**

- Ernst-Wolfgang Böckenförde, Staat-Nation-Europa. Studien zur Staatslehre, Verfassungs-theorie und Rechtsphilosophie, Frankfurt 2000.  
Joseph Brodsky, Der sterbliche Dichter, München 1998.  
Hans-Magnus Enzensberger, Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas, Berlin 2011  
Jürgen Habermas, Zur Verfassung Europas. Ein Essay, Berlin 2011.  
György Konrád, Europa und Osteuropa am Ende des 20. Jahrhunderts, Wien 1999  
Wolfgang Schäuble/Karl Lamers, Überlegungen zur europäischen Politik, CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, 1.9.1994.  
Helmut Schmidt, Die Mächte der Zukunft. Gewinner und Verlierer in der Welt von morgen, München 2004.  
Winfried Veit, Europas Kern. Eine Strategie für die EU von morgen, Bonn 2020.

Dieser Beitrag ist Teil der UNIVERSITAS 9/2020 mit dem Schwerpunkt  
„Wo ist das gute Europa?“

Heidelberger Lese-Zeiten Verlag

[www.heidelberger-lese-zeiten-verlag.de](http://www.heidelberger-lese-zeiten-verlag.de)